

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZB 13/68

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Arnold G [REDACTED],
Br[REDACTED] (B[REDACTED]), Rue C[REDACTED] [REDACTED],

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. [REDACTED] und
[REDACTED], [REDACTED] -

gegen

das Land N o r d r h e i n - W e s t f a l e n ,
vertreten durch die Landesrentenbehörde Nordrhein-Westfalen,
Düsseldorf, Tannenstraße 26,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Mai und der Bundesrichter Dr. Graf, Dr. Grell, von der Mühlen und Zorn

in der Sitzung vom 12. Dezember 1968
beschlossen:

Die sofortige Beschwerde des Klägers gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 17. Zivilsenats des Oberlandesgerichts in Düsseldorf vom 20. September 1967 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei. Die außergerichtlichen Kosten des Rechtsmittels trägt der Kläger.

G r ü n d e

Der Kläger macht Ansprüche wegen Schadens an Körper oder Gesundheit geltend. Infolge eines auf die nationalsozialistische Verfolgung zurückzuführenden Schwächeanfalls sei er 1946 die Treppe herabgestürzt und habe dadurch einen Wirbelsäulenbruch mit Läsion des Rückenmarks erlitten. Außerdem habe er durch die Verfolgung nervlich-seelische Störungen davongetragen.

Wegen der erstgenannten Schäden sind die Ansprüche des Klägers mit Urteil vom 25. Mai 1964 rechtskräftig abgewiesen worden, weil auf Grund der ärztlichen Gutachten nicht als wahrscheinlich angenommen werden könne, daß die bei dem Treppensteinbruch erlittene Wirbelsäulenverletzung und ihre Folgen mit der Verfolgung in Ursachenszusammenhang stünden.

168

Nach Inkrafttreten des BGG-Schlussgesetzes stellte der Kläger einen Antrag auf Angleichung nach Artikel IV Nr. 1 Abs. 1a BGG-90 und trug vor, im bisherigen Verfahren seien seine nervlich-seelischen Schäden, die auf Verfolgungsbelästigungen körperlicher und seelischer Art zurückzuführen seien, nicht geprüft worden. Die Entschädigungsbehörde hat diesen Antrag mit der Begründung abgelehnt, die im früheren Verfahren getroffene medizinische Beurteilung sei nach wie vor zutreffend. Störungen in der Entwicklung der Persönlichkeit seien bei den früheren Untersuchungen nicht erwähnt worden.

Landgericht und Oberlandesgericht haben die hiergegen erhobene Klage abgewiesen. Das Berufungsgericht hat die formellen Voraussetzungen des Artikels IV Nr. 1 Abs. 1a BGG-90 für gegeben erachtet, das Vorliegen der allgemeinen Anspruchs Voraussetzungen (§§ 4, 150, 160 BGG) aber verneint. Die Ausführungen des Berufungsgerichts zu § 160 BGG stehen zwar im Widerspruch zu dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 11. Juli 1989 - IX ZR 156/66. Auf dieser Abweichung beruht jedoch das Urteil des Oberlandesgerichts nicht.

antwortungsbereichs des Tatrichters. Es spricht nichts dafür, daß das Oberlandesgericht nicht den vollen Inhalt der in Tätigkeit und Entscheidungsgründen seines Urteils ausdrücklich genannten und erörterten Sachdarstellung berücksichtigt hat.